

## Gorbi, Bonn und die Wahrheitsfindung

Die Enteignung verhält sich zur liberal-demokratischen Verfassung wie der Teufel zum Weihwasser: absolut konträr, ja unheilig. Der liberale Rechtsstaat Bundesrepublik hat, wie die Kohl-Regierung sagt, die Enteignungen (alias Bodenreform) in der Vor-DDR im Namen eines höheren Prinzips absegnen müssen: Sonst hätte Moskau der Wiedervereinigung nicht zugestimmt, oder das Fenster der Gelegenheit wäre wieder zugeschlagen. Was aber, wenn dem nicht so war - wenn hier eines der heiligsten Prinzipien des liberalen Staates zugunsten von minderen Werten geopfert worden ist?

Dies ist die Frage, die seit Gorbatschows Erst-Einlassungen (Moskau habe die Einheit nicht vom Festhalten an den Enteignungen 1945-49 abhängig gemacht) nicht verschwinden will. Zwar versucht Bonn seitdem, den guten Freund in Moskau als verwirrt oder unglaubwürdig darzustellen, aber Gorbis neuerliche Einlassungen - mal so, mal so - ergeben dennoch keinen richtigen Rückzieher. Am Sonntag sagte er etwa im MDR-Fernsehen, daß es die Deutschen gewesen seien - er nannte Genscher und de Maizièrè -, die an der Gültigkeit der Enteignungen hätten festhalten wollen. Moskau hätte bloß sein

Plazet gegeben, aber kein Junktim geknüpft.

Es mag ja gute pragmatische Gründe dafür geben, fast 50 Jahre alte Fakten so zu lassen, wie sie sind. Aber es gibt keine legitimen Gründe für eine demokratische Regierung, die Dinge anders darzustellen, als sie sind - zumal der deutsche Staat der eigentliche Nutznießer dieser 'Bodenreform' ist. Als 'Erbe' ist Bonn leider Partei und deshalb nicht von vornherein glaubwürdiger als Gorbatschow. Um so wichtiger ist es, daß eine unabhängige Instanz dieses wirre Kapitel aufklärt.

jj